

Totalüberwachung oder Sicherheitsgewinn?

In **Gastbeiträgen**

plädieren Politiker für und gegen Systeme zur Gesichtserkennung.

Pro

Thorsten Frei (CDU), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

„Gegen den Einsatz der automatisierten Gesichtserkennung wird von Seiten der Kritiker schweres Geschütz aufgeföhren. Da ist von den ‚Instrumenten einer Diktatur‘ oder von ‚staatlicher Totalüberwachung‘ die Rede. Alles das ist – man muss es so deutlich sagen – Unsinn. Es hat mit dem, was CDU und CSU diskutieren und unsere Sicherheitsbehörden beföhworten, nichts zu tun. Der Abgleich der Aufnahmen,

die an Bahnhöfen oder Flughäfen mit Kamerasystemen der Bundespolizei gemacht werden, soll ausschließlich mit einer besonderen Fahndungsdatei erfolgen. Das Gesichtserkennungssystem würde

deshalb nur bei gesuchten Schwerverbrechern oder Terroristen Alarm schlagen. In allen anderen Fällen würde das Programm niemand identifizieren können und die Daten des Abgleichs umgehend löschen. Die Anonymität

der Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum ist deshalb gar nicht bedroht. Anders als behauptet, haben wir es bei dieser Technik auch nicht mit einem unausgereiften System zu tun. Sie ist über ein Jahr lang am Bahnhof

Südkreuz in Berlin in einem Pilotverfahren geprüft worden. Diese Tests verliefen hervorragend und

haben gezeigt: Werden zwei verschiedene Softwaresysteme kombiniert, sinkt die Fehlerrate auf 0,00018 Prozent und kann damit große Fahrgastaufkommen bewältigen. Der Einsatz der automatisierten Gesichtserkennung und

einer effizienteren Videoüberwachung wären ein außerordentlicher Sicherheitsgewinn. Das sieht im Übrigen auch eine Mehrheit der Bevölkerung so, die den Einsatz der Technik unter Auflagen in

Umfragen beföhwortet. Wenn die SPD mitmachen würde, kann die Große Koalition noch in diesem Jahr die rechtlichen Grundlagen dafür legen.“

Contra

Konstantin Kuhle, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.

„Sicherheit ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Dazu wird schon heute an vielen Orten Videoüberwachung eingesetzt – etwa an Kriminalitätsschwerpunkten. Wer hier modernere Technik und miteinander kompatible Systeme fordert, kann sich der Unterstützung der Politik sicher sein. Doch auch Bürgerrechte und insbesondere die informationelle Selbstbestimmung haben einen Wert. Wenn Menschen davon ausgehen müssen, permanent überwacht zu werden, verändern sie ihr Verhalten. Eine weitere Aufrüstung bei der Videoüberwachung, sei es durch eine zentrale Speicherung der Aufnahmen, durch einen pauschalen staatlichen Zugriff auf private Überwachungskameras oder gar

durch eine automatisierte Gesichtserkennung ist daher der falsche Weg. Bei flächendeckender Überwachung ohne ein Mindest-

maß an Anonymität im öffentlichen Raum verliert jeder Einzelne und auch die Gesellschaft einen Teil Freiheit. Die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit sollten wir vor allem durch eine

erhöhte Präsenz einer gut ausgestatteten und gut ausgebildeten Polizei sicherstellen. Damit werden die Zugriffsmöglichkeiten auf gefährliche oder gesuchte Personen erhöht und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung steigt. Dass

ein lückenloser Kameraeinsatz nicht weiterhilft, zeigen Terror und Kriminalität in Staaten, die ein engmaschigeres Netz an Videoüberwachung haben. Und wo er endet, zeigt die totale Überwa-

chung in China. Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit – wohl aber die Möglichkeit, zwischen den Sicherheitsbehörden und der Bevölkerung für Vertrauen zu sorgen, nicht für Misstrauen durch permanente Überwachung.“